

KURZ UND PRÄGNANT

Verlässliche Hilfe

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November hat sich MdL Karola Stange für die Wiederinstallation einer entsprechenden Koordinierungsstelle auf Landesebene ausgesprochen. Diese sei dringend notwendig, um die Arbeit der Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen sowie die Gewaltkonfliktberatung für Täter bedarfsgerecht zu sichern. Jede dritte Frau ist laut EU-Angaben schon einmal Opfer von häuslicher oder sexueller Gewalt geworden. Doch obwohl es so viele Betroffene in allen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten gibt, ist Gewalt an Frauen nach wie vor ein Tabuthema. Allein in Thüringen gab es im Jahr 2015 rund 3.000 Einsätze und Maßnahmen aufgrund häuslicher Gewalt. „Die Arbeit in Schutzeinrichtungen und Beratungsstellen muss weiterhin sichergestellt werden. Dabei müssen Frauen mit Behinderungen, ältere Frauen und Migrantinnen stärker berücksichtigt werden.“ Wichtig sei auch die Barrierefreiheit in kommunalen Frauenhäusern und Zufluchtsorten. Das bundesweit angebotene Hilfefon Gewalt gegen Frauen mit anonymer und kostenfreier telefonischer Beratung ist unter 0800 116 016 zu erreichen. ■

„Studie“ zur Reform

„Die immer wieder zitierte Studie zu Gebietsreformen – vom „ifo-Institut Center for Economic Studies (CES)“ – ist lediglich ein Aufsatz und bei anerkannten Verwaltungswissenschaftlern höchst umstritten“, so MdL Frank Kuschel. Bei dem Autor handele sich um einen Doktoranden, der für die FDP zur Landtagswahl 2009 in Thüringen kandidiert habe. Der knapp ein Dutzend Seiten umfassende Aufsatz „Sparen Gebietsreformen Geld – Ein Überblick über aktuelle Studien“ sei Grundlage gewesen für eine Stellungnahme im Anhörungsverfahren zum Vorschaltgesetz für die Gebietsreform in Thüringen. „Erst die CDU hat am 17. September in einer Pressemitteilung daraus eine Studie gemacht. Das ist mehr als unseriös“, kritisierte der Kommunalexperte. Der Aufsatz widerspiegle nur fünf Prozent der Auffassungen aus der bundesweiten Wissenschaft. So hätten Untersuchungen zu den Gebietsreformen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sehr wohl Effizienzgewinne ergeben. „Höchste Zeit, dass wieder Sachlichkeit einzieht. Dazu empfehle ich die Stellungnahmen des Landesrechnungshofs, des Bundes der Steuerzahler und der Wirtschaftsverbände im Rahmen des Anhörungsverfahrens.“ ■

Neue Bestattungs- und Friedhofsformen

Thüringer Gesetz zur Änderung bestattungsrechtlicher und waldrechtlicher Vorschriften

Das „Thüringer Gesetz zur Änderung bestattungsrechtlicher und waldrechtlicher Vorschriften“ hat der Landtag in der November-Plenarsitzung beschlossen. Vorausgegangen waren eine mehrstündige öffentliche Anhörung im August sowie eine Diskussion im Online-Forum des Landtags.

Die Linksfraktion, die sich bereits in der Vergangenheit für entsprechende Änderungen stark gemacht hatte, betonte: In einer pluralistischen und multikulturellen Gesellschaft muss auch Platz sein für unterschiedliche und differenzierte Trauerrituale und Bestattungsformen – soweit sie die Achtung vor einer würdigen Totenruhe beachten.

Schon seit einigen Jahren wünschen sich immer mehr Menschen naturnähere Bestattungsformen, vor allem die Möglichkeit der Beisetzung in einer Waldumgebung. Zu Anfang haben sich Privatfirmen als Lobby-Protagonisten für diese Konzeption hervorgetan. Mit Blick auf Allgemeinwohlinteressen und Gleichbehandlungsgrundsätze soll das Bestattungswesen aber nicht kommerzialisiert werden.

Daher ist es an der Zeit, das Thüringer Bestattungsrecht formal für diese neuen Bestattungs- und auch Friedhofsformen – in öffentlicher Trägerschaft – zu öffnen. In anderen Bundes-

ländern bestehen diese Möglichkeiten schon und in Thüringen hat das Verwaltungsgericht Weimar schon vor einiger Zeit diese naturnähere Bestattungsform in der Organisationsform eines „Waldfriedhofs“ gerichtlich für Thüringen als zulässig und mit den Grundsätzen des Bestattungsrechts für vereinbar erklärt. Das von der Landesregierung vorgelegte und jetzt beschlossene Gesetz nimmt auch diesen Stand der Rechtsprechung auf und entwickelt ihn weiter.

Trauer- und Gedenkkultur sind vielfältig, das zeigt auch der Blick in andere Staaten

Frank Kuschel (LINKE) war in seiner Rede auch auf die in der Debatte geäußerte Befürchtung eingegangen, „dass die jetzige Bestattung von Urnen im Wald und die klassischen Friedhöfe in einer Art Konkurrenz stehen, die Auswirkungen auf die Gebührenkalkulation und Gebührenhöhe hätte“. Dies sei aber nicht nachzuvollziehen, da „bereits jetzt Friedhöfe keine kostendeckenden Einrichtungen sind. Das heißt, die Kommunen erheben keine kostendeckenden Gebühren (...) weil Friedhöfe eben auch ein Kulturgut sind im öffentlichen Interesse“.

Die Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit durch Abwanderung, demografische Entwicklung „haben viel

stärkere Auswirkungen auf die Inanspruchnahme der klassischen Friedhöfe als die jetzige Möglichkeit, Urnen im Wald zu bestatten“, sagte der Abgeordnete. „Insofern ist das eine sehr theoretisch-abstrakte Debatte. Da werden Befürchtungen geäußert, die mit der kommunalen Praxis nur ansatzweise etwas zu tun haben.“

Dann sprach der Kommunalpolitiker der Linksfraktion zu dem von den rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen vorgelegten Entschließungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung: „Er ist die Reflexion dessen, dass mit der jetzigen Gesetzesänderung aktuelle, vor allem rechtliche Probleme gelöst werden, aber die Debatte über die Vielfalt von Bestattungskultur nicht abgeschlossen ist, weil sie sich weiterentwickeln wird.“

Trauer- und Gedenkkultur seien vielfältig „und werden sicherlich noch vielfältiger. Das zeigt auch der Blick in andere Staaten. Die sind viel breiter aufgestellt, was Bestattungsrituale und die Art des Trauerns und des Gedenkens betrifft. Insofern ist dieser Entschließungsantrag nur folgerichtig und wird dazu führen, dass wir uns im Thüringer Landtag absehbar, wenn dann die Landesregierung Ende 2017, spätestens im Frühjahr 2018 hier berichtet hat, sicherlich noch in dieser Legislaturperiode nochmals mit diesem Thema zu befassen haben.“ ■

Mitbestimmung ist unverzichtbar



„Die zunehmende direkte Behinderung von Betriebsratsarbeit, die Förderung des Outsourcings von Betriebsabläufen sowie entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die massive Zunahme von Leiharbeit und Werkverträgen in der bundesdeutschen Wirtschaft und die zunehmende psychische Belastung der Beschäftigten machen einen Neuanfang in der Betriebsverfassung notwendig.“

Das hat Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag,

den Redebeiträgen während der Veranstaltung „Ahoi Mitbestimmung“ am 25. November in Berlin entnommen, wo sich Betriebs- und Personalräte aus der ganzen Republik auf Einladung der Bundestagsfraktion DIE LINKE zusammengefunden hatten, um über die Möglichkeiten einer Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes zu beraten.

Dabei ging es darum, den Abgeordneten der LINKEN Argumente in die Hand zu geben, wie Mitbestimmung sinnvoll erweitert werden muss. Rainer

Kräuter sagte dazu: „Wir erleben in Thüringen, wie Beschäftigte, die sich für ihre Kolleginnen und Kollegen in Betriebs- und Personalräten stark machen, von Arbeitgebern bzw. direkten Vorgesetzten massiv unter Druck gesetzt werden und ihre Aufgaben kaum lösen können. Das endet im Extremfall damit, dass Konzernteile verschenkt werden, um Mitglieder des Gesamt- und Konzernbetriebsrates loszuwerden. Erinnert sei hier an den OBI-Markt in Sömmerda.“

Der Gewerkschaftspolitiker weiter: „Immer öfter berichten Gewerkschaftsmitglieder oder auch Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretäre, dass schon die Gründung eines Betriebsrates durch massive Einschüchterung der Beschäftigten verhindert wird.“

Abschließend spannte Rainer Kräuter den Bogen zu den Beamtinnen und Beamten und den Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst in Thüringen: „Hier sind wir als Landespolitiker in Thüringen gefragt, so schnell wie möglich ein novelliertes Thüringer Personalvertretungsgesetz zu erarbeiten, das im Vergleich der Länder einen Spitzenplatz einnimmt. Da sehe ich eine Regierung unter einem linken Ministerpräsidenten in einer Vorreiterrolle, die ich unterstütze.“ ■